

Berlin, den 25. Januar 2010

Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Friedrichstraße 154

10117 Berlin

Tel.: 030 / 22 48 84 12

Fax: 030 / 22 48 84 14

www.promobilitaet.de

info@promobilitaet.de

Bundesverkehrswegeplan gerät bei Fernstraßen weit in Rückstand

Bisherige Finanzplanung lässt viele Aus- und Neubauprojekte in weite Ferne rücken

„Durch die Konjunkturpakete ist der Verkehrsetat 2010 gut ausgestattet. Doch dies kann nicht davon ablenken, dass die bisherige Finanzplanung für die nächsten Jahre viele Aus- und Neubauprojekte an Autobahnen und Bundesstraßen in weite Ferne rücken lässt“, erklärte Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität, anlässlich der beginnenden Etatberatungen der Bundestagsausschüsse. Werde die Investitionsplanung ab 2011 nicht deutlich aufgestockt, gäbe es für viele Vorhaben in diesem Jahrzehnt keine Aussicht auf Finanzierung. „Es wäre gesamtwirtschaftlich fahrlässig, die Konsolidierung in den nächsten Haushaltsjahren auf Kosten der Investitionen zu betreiben“, warnte Fischer unter Verweis auf das erwartete Güterverkehrswachstum von 71 Prozent bis 2025. Die Wirtschaft würde im Stau stecken bleiben, bevor sie richtig Fahrt aufnehmen könne.

Der Bundesverkehrswegeplan 2001 bis 2015 sei jetzt schon gewaltig in Rückstand. Bis Ende 2008 seien nur rund 40 Prozent des vordringliche Neu- und Ausbauvolumens an Autobahnen und Bundesstraßen finanziert worden. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen kämen nur sehr langsam voran. Dies habe die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen gezeigt. „Wenn das Investitionstempo in diesen Ländern nicht zunimmt, kann der vordringliche Bedarf in diesen wichtigen Wirtschaftsräumen kaum vor 2030 fertig gestellt werden“, so Fischer.

Mit jährlich drei Milliarden Euro für Aus- und Neubau hätte der Bund wie geplant 2015 fertig sein können. Selbst mit den Konjunkturpaketen fehle in diesem Jahr dazu noch eine Milliarde Euro, ab 2011 nach bisheriger Planung sogar die Hälfte der Mittel. Eine Ausbaupolitik zu Lasten der Erhaltung sei keine Lösung, stellte Fischer klar. Da sei auch im Koalitionsvertrag festgehalten. An einer besseren Finanzausstattung gehe kein Weg vorbei.

Um die Stausituation nicht auf die Spitze zu treiben, müssten jetzt Vorhaben mit sehr hohem gesamtwirtschaftlichem Nutzen Vorrang haben. Die von der Bundesregierung angestrebte Überprüfung der Prioritäten müsse hierfür die Basis liefern, erklärte der Präsident des Infrastrukturverbandes.

Weitere Informationen: Stefan Gerwens, Geschäftsführer
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V.

Präsidium

Dr. Peter Fischer (Vorsitzender)

Ulrich Klaus Becker

Jörg Eschenbach

Hermann Grewer

Peter Markus Löw

Dr. Peter Noé

Matthias Wissmann

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Zeidler

Geschäftsführung

Stefan Gerwens

Mitglieder

3M Deutschland GmbH

ADAC e.V.

ARBIT – Arbeitsgemeinschaft der
Bitumenindustrie e.V.

Autobahn Tank & Rast GmbH

Automobilclub von Deutschland e.V.

Berufsgenossenschaft der
Bauwirtschaft

Bundesverband Baustoffe, Steine
und Erden e.V.

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

Bundesverband der
Deutschen Zementindustrie e.V.

Bundesverband Güterkraftverkehr,
Logistik und Entsorgung e.V.

DEKRA e.V.

Deutscher Asphaltverband e.V.

DKV Euroservice GmbH + Co. KG

F. Kirchhoff AG

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.

HOCHTIEF AG

KEMNA BAU

Andraee GmbH & Co. KG

Macquarie Capital (Europe) Limited

Michelin Reifenwerke AG & Co. KGaA

NYNAS Bitumen

Nynas N. V.

Sanef

Sievert Handel Transporte GmbH

STRABAG AG

Tensor International GmbH

UNION TANK Eckstein GmbH & Co. KG

Verband der Automobilindustrie e.V.

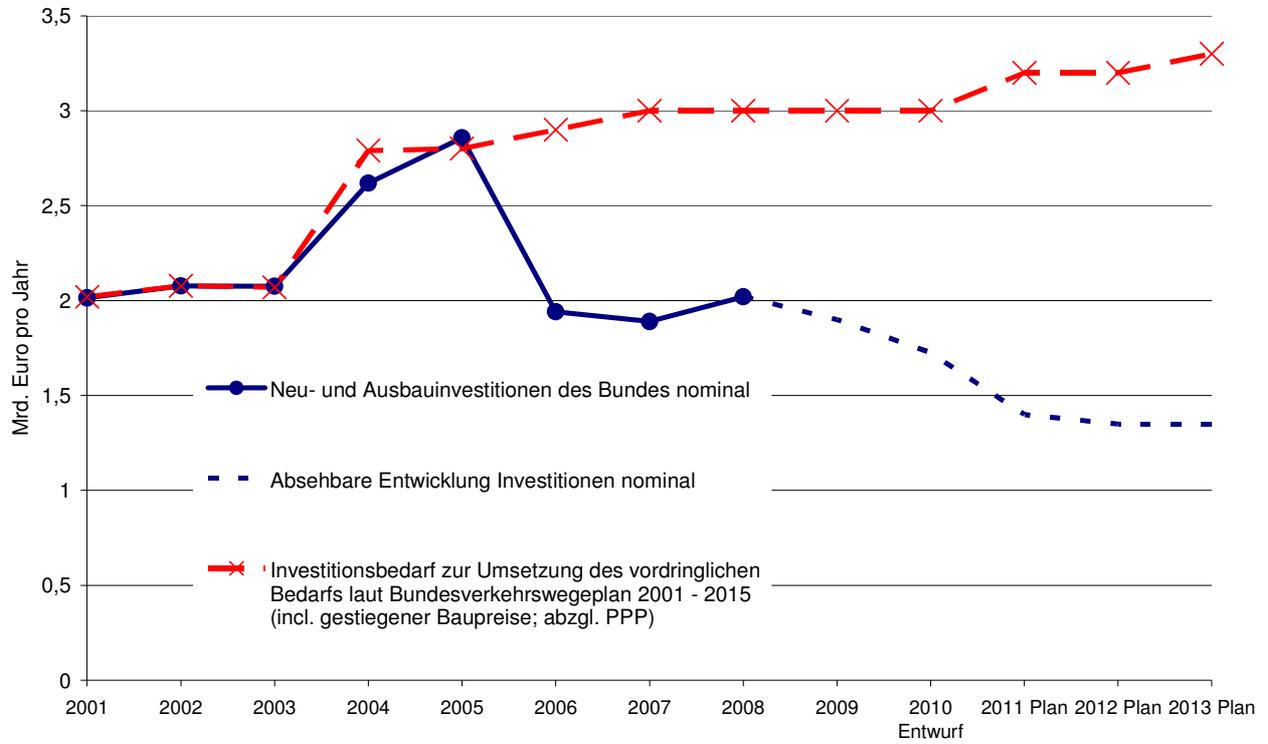
Verband der Internationalen
Kraftfahrzeughersteller e.V.

Georgia von der Wettern

Zentralverband Deutsches
Baugewerbe e.V.

Zentralverband Deutsches
Kraftfahrzeuggewerbe e.V.

Abb. Zunehmende Investitionslücke beim Neu- und Ausbau von Fernstraßen



Quelle: Pro Mobilität 2010